

Unconditional Basic Income - Equity and Efficiency Considerations, with an Illustration Using Austrian SILC Data (Diplomarbeit von Christian Tod am Institut für Volkswirtschaftslehre, Johannes Kepler Universität Linz, 2008)

Die Absicht der Diplomarbeit war einerseits die Herleitung einer normativen Rechtfertigung, andererseits die Analyse der ökonomischen Effekte einer Grundeinkommenspolitik im Lichte der häufigsten Kritikpunkte zu diesem Vorschlag. Wie sich zeigt, ist eine Grundeinkommenspolitik, genauer eine „Basic Income Flat Tax“ Politik, kompatibel mit liberalen Theorien der Gerechtigkeit basierend auf Locksches Prinzipien. Lockes Proviso, „enough, and as good, left in common for others“ lässt keinen anderen Schluss zu, als die Umverteilung von Einkommen von den Besitzenden an die Gemeinschaft als Ganzes.

Die Existenz von „Employment Rents“ und unfreiwilliger Arbeitslosigkeit rechtfertigen eine Ausweitung des Begriffes der knappen Ressourcen von der externen Ressourcenausstattung im engeren Sinn zu „Jobs as Assets“. Es kann gezeigt werden, dass eine Grundeinkommenspolitik grundsätzlich in der Lage ist, bei gleichzeitiger Beibehaltung des Beschäftigungsniveaus und der Bruttoeinkommen, die unfreiwillige Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Darüber hinaus lässt die Simulation der aggregierten Arbeitsangebotseffekte vermuten, dass die zu erwartenden Auswirkungen eines mit einer Steuer- und Abgabenrate von 50% ab dem ersten Euro Einkommen finanzierten bedingungslosen Grundeinkommens gering sind. In der Simulation wird die Reduktion des Arbeitsangebots des oberen Quintils der Einkommensverteilung durch das Ansteigen des Arbeitsangebots des unteren Quintils nahezu kompensiert. Die Gründe hierfür liegen bei der Beseitigung der „Unemployment Trap“, der Senkung der hohen effektiven Steuer- und Abgabenrate, der die benachteiligten Personen, die „Least Advantaged“, in einem an Bedingungen geknüpften Sozialsystem gegenüber stehen.

BezieherInnen geringer Einkommen zählen zu den GewinnerInnen einer (substantiellen) Grundeinkommenspolitik. Allerdings sind die (freiwillig) Arbeitslosen schlechter gestellt, da die Höhe eines bedingungslosen Grundeinkommens, selbst wenn es mit einer Steuer- und Abgabenrate von 50% finanziert wird, unter der durchschnittlichen Höhe der gegenwärtigen Arbeitslosenleistungen liegen würde. Ist der Übergang zu einem bedingungslosem Sozialsystem abgeschlossen, ist jede selbst dafür verantwortlich, ihr Grundeinkommen im Falle von Arbeitslosigkeit ihren Bedürfnissen entsprechend aufzustocken, sei es durch freiwillige Selbstversicherung oder Pensionsvorsorge.

Der Autor hofft, dass seine Arbeit dabei hilft, ein tieferes Verständnis der ethischen und ökonomischen Aspekte einer bedingungslosen Grundeinkommenspolitik zu schaffen, die, wie er denkt, ein mächtiges Werkzeug für die ökonomischen und sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sein kann.